

Workshopantrag

an das 96. Landeschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: 96. Landeschüler*innenparlament der BS in SH (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: Demokratie

Antragstext

Der LSV-Vorstand ist damit beauftragt, im Rahmen der Jahreskampagne 2026/2027 den Parteien folgende Punkte zu übermitteln:

- Dass das Fach Gemeinschaftskunde in Geschichte und Politik unterteilt wird, um das Politikverständnis zu stärken. Geschichte und Politik sollen jeweils mindestens 3 stündig unterrichtet werden.
- Projekte zur Stärkung des Demokratieverständnisses, einschließlich Aufklärung zu Diskriminierungen jeglicher Art, durchzuführen und, dass die Parteien den Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Dazu zählen Podiumsdiskussionen und die Vorstellung von Berichten betroffener Personen, welche Diskriminierung jeglicher Art erfahren haben.
- Dass die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt wird.

Zusätzlich wird vom LSV-Vorstand gefordert, dass dieser im Rahmen der Jahreskampagne 2026/2027

- mit den berufsbildenden Schulen in Kontakt tritt und dort Projekte anstößt, welche Wahlbeteiligung und basisdemokratisches Verständnis fördern sollen.

-
- 18 • ein einheitliches Konzept zur Bereitstellung von
19 Veranschaulichungsmaterial entwirft, welches an die SV verteilt wird.
- 20 • Projekte und Workshops zur Stärkung der schulinternen Demokratie anstößt
21 oder organisiert.

Workshopantrag

an das 96. Landeschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: 96. Landeschüler*innenparlament der BS in SH (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: **Bildung ist kein Zufall - Lehrkräfteausbildung reformieren, jetzt!**

Antragstext

1 Das Landeschüler*innenparlament fordert, dass die Landesregierung die
2 Lehrkräfteausbildung wie folgt umstrukturiert:

3 1. Sicherung der Unterrichtsqualität:

4 Wir fordern regelmäßige Unterrichtsbesuche zur Überprüfung und Sicherung der
5 Unterrichtsqualität. Diese Besuche sollen sowohl angekündigt als auch
6 unangekündigt stattfinden, um ein möglichst realistisches Bild des
7 Unterrichtsalltags zu erhalten. Dabei sollen insbesondere pädagogische Methoden,
8 der Umgang mit Schüler*innen sowie die Vermittlung von Unterrichtsinhalten
9 berücksichtigt werden. Ziel ist die langfristige Sicherung eines strukturierten,
10 respektvollen und zeitgemäßen Unterrichts. Diese Unterrichtsbesuche werden durch
11 externe, durch BiMI gestellte, durchgeführt.

12 Zusätzlich dazu sollen mehr Meldestellen zur Verfügung gestellt werden um den
13 Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, sich bei Problemen während des
14 Unterrichts auch an Außenstehende zu wenden, falls ihr Anliegen in der Schule
15 nicht angenommen wird.

16 2. Überprüfung des genutzten Lehrmaterials:

Lehrmaterialien sollen mindestens einmal pro Halbjahr überprüft werden. Dabei soll sichergestellt werden, dass die verwendeten Quellen vertrauenswürdig, datenschutzkonform und inhaltlich korrekt sind. Außerdem muss geprüft werden, ob die Materialien altersgerecht, aktuell und frei von extremistischen, diskriminierenden oder anderweitig problematischen Inhalten sind, dienen diese Texte allerdings der Aufklärung und haben somit inhaltliche Relevanz für das weitere Unterrichtsgeschehen, so sind diese als Ausnahmen anzusehen. Schulen sollen dadurch stärker in die Verantwortung genommen werden, qualitativ hochwertige und demokratische Bildungsinhalte zu gewährleisten.

3. Schulung im Umgang mit der mentalen Gesundheit der Schüler*innen:

Wir fordern eine stärkere Sensibilisierung von Lehrkräften für die mentale Gesundheit von Schüler*innen. Dazu sollen regelmäßige Schulungen und Fortbildungen verpflichtend eingeführt werden. Zusätzlich sollen anonyme digitale Umfragen durchgeführt werden, um Belastungen, schulischen Druck und das allgemeine Wohlbefinden der Schüler*innen frühzeitig erkennen und verbessern zu können. Diese Umfragen sollen in kleinem Rahmen (bezogen auf Fächer, Klausuren und Prüfungen) alle drei Monate und in größerem Rahmen (bezogen auf alle den Schulalltag beeinflussenden Faktoren) alle 6 Monate durchgeführt werden. Auf Grundlage dieser Umfragen sollen die Lehrkräfte geschult werden.

4. Überarbeitung der Abiturlektüren:

Die bestehenden Abiturlektüren sollen hinsichtlich ihrer Inhalte kritisch überprüft und modernisiert werden. Dabei soll stärker darauf geachtet werden, dass die behandelten Themen gesellschaftlich relevant, diskriminierungssensibel und für Schüler*innen nachvollziehbar sowie zeitgemäß sind. Ziel ist ein Literaturkanon, der unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt und die Lebensrealität junger Menschen besser widerspiegelt.

5. Verpflichtende Lehrkräftefortbildungen:

Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte innerhalb der regulären Arbeitszeit. Diese Fortbildungen sollen sich an aktuellen pädagogischen, gesellschaftlichen und technischen Standards orientieren. Besonders wichtig sind regelmäßige Schulungen zu den Themen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz sowie der Umgang mit Neurodivergenzen und anderen Beeinträchtigungen. Entsprechende Fortbildungen sollen mindestens einmal pro Schuljahr beziehungsweise halbjährlich stattfinden.

6. Überarbeitung des Beamtenstatus:

53 Wir fordern eine Überprüfung des Beamtenstatus von Lehrkräften. Ziel ist es, bei
54 schwerwiegenden Verstößen gegen die demokratische Grundordnung oder gegen das
55 Neutralitätsgebot, beispielsweise bei rassistischen, sexistischen,
56 faschistischen oder extremistischen Äußerungen und Handlungen, schneller
57 Suspendierungen oder Entlassungen ermöglichen zu können. Dabei sollen
58 rechtsstaatliche Prinzipien und die politische Neutralität des Unterrichts
gewahrt bleiben.

Workshopantrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: 96. Landesschüler*innenparlament der BS in SH (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: Zukunftsfähige Lehrpläne

Antragstext

Die Lehrpläne der BS SH sollen in folgenden Punkten reformiert werden:

1. Medienbildung als verbindliche Querschnittsaufgabe

Medienkompetenz soll nicht nur punktuell behandelt, sondern systematisch in allen geeigneten Fächern verankert werden. Dazu gehören:

- Der kritische Umgang mit sozialen Medien und Nachrichtenquellen (Fake News, Desinformation, Cybermobbing und Deepfakes)
- Der kritische und bewusste Umgang mit KI-tools
- Der sichere Umgang mit digitalen Tools im schulischen und beruflichen Kontext

2. Stärkung politischer und historischer Bildung

Politische und historische Bildung sollen stärker gewichtet und klar strukturiert vermittelt werden:

- Einführung bzw. Aufwertung eines eigenständigen Fachs „Politik“ mit Fokus auf Demokratiebildung, Wahlen, Grundrechte und gesellschaftliche Teilhabe

-
- Eigenständiger, kontinuierlicher Geschichtsunterricht zur Förderung von historischem Verständnis und Einordnung aktueller Entwicklungen
 - Regelmäßige Einbindung aktueller politischer Themen in den Unterricht (vor allem Landtagswahlen, kommunale Politik)

3. Lebenspraktische Kompetenzen: Erste Hilfe und Alltagsbildung

Die Lehrpläne sollen stärker auf praktische Lebenskompetenzen ausgerichtet werden:

- verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse während der Schulzeit
- Vermittlung grundlegender Kenntnisse zu Gesundheit, Notfallsituationen und Verantwortung im Alltag
- Erweiterung um Themen wie Finanzen, Miete, Versicherungen und Arbeitswelt (Grundlagen der „Lebensbildung“)

4. Weiterentwicklung des Religions-, Philosophie- und Ethikunterrichts

Der Unterricht soll stärker pluralistisch und lebensweltorientiert gestaltet werden:

- Einführung eines eigenständigen Fachs "Geisteswissenschaften" mit gleichwertiger Darstellung verschiedener Religionen und Weltanschauungen
- verpflichtende ethische Grundbildung unabhängig von konfessioneller Zugehörigkeit
- stärkere Behandlung gesellschaftlich relevanter Themen wie Toleranz, Diskriminierung und Wertebildung

5. Modernisierung der Sexualkunde

Der Sexualkundeunterricht soll zeitgemäß, offen und umfassend gestaltet werden:

- Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
- Aufklärung über Einvernehmlichkeit, Grenzen und respektvolle Beziehungen
- Stärkere Einbindung von Themen wie mentale Gesundheit, Körperbild und Schutz vor sexualisierter Gewalt

-
- Kontinuierliche Vermittlung statt einmaliger Behandlung

Workshopantrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: 96. Landesschüler*innenparlament der BS in SH (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: Verbesserung der schulischen Infrastruktur

Antragstext

Das Landesschüler*innenparlament fordert die Verbesserung der schulischen Infrastruktur sowie eine Modernisierung des Schulalltags, um bessere Lernbedingungen und ein angenehmeres Schulumfeld für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen.

Anforderungen

1. Internet

Das Internet soll an allen Schulgebäude stabil, schnell und für alle schulisch genutzten Geräte zugänglich sein.

2. Toiletten

Die Toiletten sollen modernisiert, regelmäßig gereinigt und dauerhaft funktionsfähig gehalten werden. Zudem sollen genderneutrale Toiletten geschaffen werden.

3. Lern- und Ruheräume

Es sollen zusätzliche Lern-, Arbeits- und Ruheräume für Schülerinnen und Schüler eingerichtet werden mit Sofas bzw. gemütliche Sitzplätze. Diese sollen

barrierfrei gestaltet sein.

4. Wasserspender

In den Schulgebäuden sollen frei zugängliche Wasserspender installiert werden bzw. sauberes Wasser zum trinken bereitgestellt sein.

5. Digitale Unterrichtstechnik

Die Klassenräume sollen mit moderner digitaler Unterrichtstechnik ausgestattet werden. Das umfasst unter anderem die Ausstattung mit Aktivpanels. Aber auch die benutzung digitale Abstimmungs- und Unterrichts und

6. Lüftung und Luftqualität

Die Lüftungssysteme und die Luftqualität in Klassenräumen sollen verbessert und für alle Klassenräume angeschafft werden.

7. Sitzmöglichkeiten

Im Schulgebäude und auf dem Schulhof sollen mehr Sitzmöglichkeiten geschaffen werden. Außerdem sollen die Schulhöfe Barrierefrei gestaltet werden. Im Zuge dessen müssen die Schulhöfe saniert und ausgebessert werden.

8. Steckdosen

Es sollen ausreichend funktionierende Steckdosen in Klassen- und Aufenthaltsräumen vorhanden sein.

9. Fahrradständer

Die Schule soll überdachte und sichere Fahrradständer bereitstellen.

10. Öffentlicher Nahverkehr

Die Bus- und Bahnverbindungen zur Schule sollen verbessert und zuverlässiger gestaltet werden. Zudem soll dieser Barrierefrei gestaltet werden.

11. Fahrstühle an Bahnhöfen und Haltestellen

Fahrstühle an Bahnhöfen und Haltestellen im Schulumfeld sollen dauerhaft funktionstüchtig und barrierefrei sein.

12. Veranstaltungsflächen

Es sollen mehr Veranstaltungs- und Gemeinschaftsflächen für AGs, Projekte und Schulveranstaltungen geschaffen werden. Die Barrierefreiheit gilt es zu wahren.

Umsetzungsvorschlag

Das Schülerparlament schlägt vor, gemeinsam mit der Schulleitung, dem Schulträger sowie weiteren zuständigen Stellen einen schrittweisen Umsetzungsplan zu entwickeln und besonders dringende Maßnahmen zuerst umzusetzen.

Für die Finanzierung wird die Landesregierung aufgefordert, die Finanzierung sicherzustellen.

Workshopantrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: 96. Landesschüler*innenparlament der BS in SH (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: **Engagement sichtbar machen für alle ehrenamtlich Tätigen**

Antragstext

Die Landesregierung und das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung werden aufgefordert, die landesrechtlichen Vorgaben so anzupassen, dass ehrenamtliches Engagement von Schüler*innen im Zeugnis zwingend sichtbar gemacht wird.

Konkret fordert das Landesschüler*innenparlament:

1. Eine Änderung der Landesverordnung über andere ergänzende Angaben in Zeugnissen (Zeugnisverordnung - ZVO). Die bestehende „Kann“-Regelung ist in eine verpflichtende Vorgabe („Muss“-Bestimmung) umzuwandeln. Sobald eine/e Schüler/in eine ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen der Schulgemeinschaft (z.B. als Klassensprecher*in, im Schüler*innenrat oder im Schulsanitätsdienst) ausübt, muss dieser Vermerk automatisch erfolgen.
2. Die Einführung eines standardisierten, ministeriellen Zertifikats für alle Mitglieder der Kreisschüler*innenvertretungen(KSVen) und Landesschüler*innenvertretungen(LSVen) wird verpflichtend gefordert.

Workshopantrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: 96. Landesschüler*innenparlament der BS in SH (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: Kommunikation für Schüler*innen verbessern

Antragstext

1 Die Landesregierung und das für Bildung zuständige Ministerium werden
2 aufgefordert kommunikationsfördernde Portale zu schaffen.

3 Jede Schule soll einen eigenen Zugang erhalten, so dass diese das Portal als
4 Kommunikationstool zwischen der SV und den Schüler*innen nutzen können.
5 Zusätzlich soll die Beschwerdemöglichkeit für die Schüler*innen an die
6 Schulleitung geschaffen werden, sowie an die der Schule zugehörigen LSV. Diese
7 Optionen sollen sowohl anonym, als auch mit der Möglichkeit den echten Namen
8 anzugeben, angeboten werden.

9 Die Einsicht in die einzelnen Kommunikationsstrukturen soll dabei nur den direkt
10 daran beteiligten Personen oder Organisationen obliegen.